

Der sächsische Erzähler,

Zeitschrift für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Agl. Amtshauptmannschaft, der Agl. Schulinspektion und des Agl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Agl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22.

Sechshundertachtzigster Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.

Erscheint jeden Freitag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Zusendung ins Haus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 80 J. inklusive Postgebühren. Einzelne Nummern kosten 10 J.

Bestellungen werden angenommen: für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Insertate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und kompliziertere Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Kopfzeile 12 J., die Reklamezeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Rückersattung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Wegen Reinigung der Diensträume können Freitag, den 21. und Sonnabend, den 22. dieses Monats nur dringliche Sachen erledigt werden.
Bautzen, am 18. Oktober 1910.

Königliche Bezirkssteuereinnahme und Königliche Bauverwalterei.

Das Neueste vom Tage.

Die auf der See „Chamrod“ mit dem Förderer in die Tiefe gestürzten 35 Bergleute sind geborgen worden. (Siehe Sonderbericht.)

In Trier ist bei einem aus Bari eingetroffenen Bauer Cholera festgestellt worden.

Man hat große Beforgnis, daß der Ozeanluftschiff Wilmann vom richtigen Wege abgekommen ist. Seit 30 Stunden hat man nichts mehr von ihm gehört. (Siehe Sonderbericht.)

Eine Note des französischen Arbeits-Ministeriums bezeichnet den Eisenbahnerstreik als beendet. Alle Dienste seien wieder normal geworden. Das Streikkomitee hat beschlossen, am Dienstag früh den Dienst auf allen Linien wieder aufzunehmen. (Siehe Artikel.)

Auf Cuba hat abermals ein heftiger Vulkan gewütet. Die Anzahl der Toten und Verletzten wird auf 1000 geschätzt. (Siehe Letzte Depeschen.)

Unannehmbare Beschlüsse der Strafprozeßkommission.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Strafprozeß-Novelle hat die erste Lesung beendet. Den Mitgliedern ist über die bisher gefassten Beschlüsse ein schriftlicher Bericht zugegangen. Heute Dienstag sollen Beratungen zwischen Vertretern der Regierung und der Parteien stattfinden, um die in erster Lesung geschaffenen Steine des Anstoßes zu beseitigen. Als solche gelten hauptsächlich: der Beschluß, daß der Staatsanwalt in der Voruntersuchung nicht mehr das Recht haben soll, den Angeklagten ohne weiteres zu vernehmen, sondern nur durch Vermittlung des Richters; ferner die Gewährung des Rechts der Zeugnisverweigerung an die Abgeordneten; die Unterlassung jeder Strafvollstreckung während der parlamentarischen Tagung und die Aufhebung der auf rechtskräftigem Urteil beruhenden Strafbestrafung bei Beginn der Tagung; die Schaffung eines Appells, das jede Durchsuchung eines Parlamentsgebäudes oder die Beschlagnahme von Papieren in dessen Räumen durch Polizei- und Gerichtsbehörden von der Genehmigung des Präsidenten des betreffenden Parlaments abhängig macht; endlich die Besetzung der Berufskammern gegen Urteile der Amtsgerichte wie der Landgerichte erster Instanz mit drei Richtern und zwei Laien, während sie nach der Regierungsvorlage ausschließlich aus 5 Berufsrichtern gebildet werden sollen. Das sind also im ganzen fünf Punkte, die, wie wir erfahren, vom Reichsjustizamt und vom preussischen Justizministerium als schlechthin unannehmbar bezeichnet werden. Aber die sonstigen von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen scheinen dagegen die Verbündeten Regierungen mit sich reden lassen zu wollen. In diesen fünf Punkten

dagegen soll ihr Widerstand so ernst und entschieden sein, daß sie eher die ganze Vorlage scheitern lassen, als ihrerseits nachgeben würden. Da aber insbesondere dem Zentrum sehr viel an dem Zustandekommen dieses Entwurfs liegt, der unstreitig manche Fortschritte bringt — das Recht der Zeugnisverweigerung für Redakteure, die Beteiligung der Verteidigung an der Voruntersuchung und noch manche andere — so ist anzunehmen, daß eine Verständigung zwischen der Mehrheit des Reichstags und den Verbündeten Regierungen zustande kommen wird.

Die Lehren des französischen Eisenbahnerstreiks.

Aus dem Verlaufe des Streiks können verschiedene Lehren gezogen werden. Keine Regierung vermag untätig zuzusehen, wenn die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Gefahr sind. Bei uns in Deutschland wird immer ein großes Geschrei erhoben, wenn die Behörden gegen Ausschreitungen Streikender vorgehen und für den Schutz der Arbeitswilligen eintreten. Energischer und rücksichtsloser würden sich aber auch bei uns die staatlichen Organe nicht für Aufrechterhaltung der Ordnung ins Zeug gelegt haben, als es die Pariser Regierung getan hat, und dieser Regierung gehören die „Genossen“ Briand, Viviani und Millerand an. Übrigens hat die französische Regierung alle Ursache, mit größter Strenge einzuschreiten, falls es sich bestätigt, daß sich hinter dem Eisenbahnerstreik eine Organisation zur Errichtung einer Schreckensherrschaft von Dynamitanden verbarg, dazu bestimmt, verbrecherische Anschläge auf öffentliche Verkehrsmittel durchzuführen. Gegenüber solchen Elementen wäre jede Nachsicht verfehlt. Im übrigen darf man wohl annehmen, daß der Eisenbahnerstreik in diesen Tagen seinem völligen Ende entgegengeht und im Schienenverkehr Frankreichs der normale Zustand wiederhergestellt wird.

Paris, 18. Oktober. Eine um Mitternacht ausgegebene Note des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten bezeichnet den Eisenbahnerstreik als beendet.

Paris, 18. Oktober. Das Streikkomitee der Eisenbahner hat einstimmig beschlossen, daß die Arbeit Dienstag früh auf allen Linien wieder aufgenommen werden soll. Das Komitee wird die Gründe zu seinem Entschluß öffentlich bekanntgeben.

Versailles, 18. Oktober. Gestern abend wurde eine Bombe in den Eingang zum Bahntunnel geworfen in dem Augenblick, als ein Zug nach Eng-hien den Tunnel passieren wollte. Die Bombe zerplatzte mit lautem Krache links von der Bahn, ohne die Gleise zu beschädigen. Der Dienst ist nicht unterbrochen.

Paris, 17. Oktober. Im Walde bei Beauvais wurde ein Lokomotivführer der Nordbahn erhängt aufgefunden. In seiner Rocktasche fand

sich ein Brief, in dem er erklärt, infolge der Weigerung, sich dem Streike anzuschließen, sei ihm das Leben unerträglich gemacht worden.

Paris, 18. Oktober. Bei Firminy an der Voire wurde auf einer Eisenbahnbrücke eine Bombe, durch welche diese Brücke gesprengt werden sollte, gefunden. In derselben Gegend sind zahlreiche Telegraphendrähte zerschnitten worden.

Politische Uebersicht. Deutsches Reich.

Der Kaiser als Ehrendoktor. Kaiser Wilhelm wurde von der Berliner Universität zum Ehrendoktor der juristischen Fakultät ernannt. Die Deputation, die sich am Montag zur Überreichung des Ehrendoktor Diploms an den Kaiser nach dem neuen Palais in Potsdam begeben hatte, wurde dort von dem Generaloberst v. Pflessen empfangen und in das Lamerlanzimmer geleitet, wo bald darauf der Kaiser in der Soffjagduniform erschien, und die Herren auf das herzlichste begrüßte. Nach einer Ansprache des Dekans Geheimrat v. List nahm der Kaiser das Diplom in Empfang, das von allen Mitgliedern der Fakultät unterzeichnet ist. Der Kaiser, der die Erschienenen als „Kollegen“ ansprach, erwiderte, daß er diese erste Ehrendoktorpromotion, die ihm in Deutschland zuteil geworden sei, voll und ganz zu würdigen wisse und sehr hoch schätze. Nach einer längeren Unterredung, in der er betonte, daß die juristische Fakultät sich auch mit den praktischen Aufgaben des Lebens befassen und dadurch an der Erfüllung der staatlichen Aufgaben mitarbeiten solle, verabschiedete sich der Kaiser von der Deputation mit herzlichem Dankesworten.

Ergänzung des Reichstagspräsidiums. Seit kurzem beschäftigt man sich schon wieder mit der Wiederbesetzung des zweiten Vizepräsidentenpostens im Reichstag, der durch den Rücktritt des Erbprinzen zu Sohenlohe-Langenburg verwaist ist. Die „National-Zeitung“ meldet dazu, die nationalliberale Partei verzichte darauf, im Präsidium vertreten zu sein. Einen formellen Anspruch darauf dürfte sie, wie die freikonservative „Post“ meint, auch kaum noch geltend machen können. Denn sie ist nicht mehr die drittstärkste Partei im Reichstag. Trotzdem wird man ihr den Sitz wiederum anbieten. Es war dann behauptet worden, die Reichspartei werde den Kandidaten stellen, doch hat sich diese Partei mit der Frage überhaupt noch nicht beschäftigt und wird erst unmittelbar vor Zusammentritt des Reichstags Stellung dazu nehmen.

Die deutschen Richter und die Todesstrafe. Aus dem Verlauf der Verhandlungen, die der Deutsche Juristentag über die Todesstrafe geführt hat, folgert der Danziger Landrichter Dr. Bumke in der „Deutschen Richterztg.“, daß eine umfangreiche Bewegung gegen die Beibehaltung der Todesstrafe eingeleitet werden wird. Dr. Bumke mahnt deshalb die Anhänger der Todesstrafe, sich auf eine Gegenagitiation vorzubereiten. „Namentlich